

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
 Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet
 unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 1

vom 8. Januar 2010

Redaktion: Katja Richardt

Inneres

Startverbot von Fluglaternen tritt am 1. Februar in Kraft2

Datenschutz

Mehr Datenschutz in Hamburger Unternehmen.....4

Wirtschaft und Arbeit

Konjunkturpakete sichern in Hamburg Wachstum und Beschäftigung6

Finanzen

Sondervermögen Schulbau (SV SchuB) hat seinen Betrieb aufgenommen8

Soziales und Familie

Neugeborene sucht ihre Mutter11

Schule, Jugend und Berufsbildung

Schulreform: Fortgang des Moderationsprozesses.....13

Umwelt und Energie

Ein Haus voller Energien14

Justiz

Vorsitz der Justizministerkonferenz16

Zur Information

Einheitlich und bürgerfreundlicher – Das Finanzamt Hamburg-Nord wird umgestellt18

Terminkalender20

5. Januar 2010 /bfi05

Startverbot von Fluglaternen tritt am 1. Februar in Kraft Senat beschließt neue Verordnung

Am 1. Februar wird der Einsatz von so genannten Fluglaternen in Hamburg verboten. Der Senat hat heute eine Verordnung beschlossen, mit der die rechtlichen Voraussetzungen für ein Benutzungsverbot solcher unbemannten Heißluftballons geschaffen werden, bei denen eine offene Flamme die Luft im Ballon erwärmt und zum Auftrieb führt. Von diesen fliegenden Lampions, die auch als „Himmelslaternen“ oder „Kong-Ming-Laternen“ bekannt sind, geht nicht nur in der trockenen Jahreszeit eine hohe Feuergefahr aus – ihre leichte Brennbarkeit und ihr unkontrollierter Flug bergen ganzjährig Risiken für Mensch und Natur.

Innensenator Christoph Ahlhaus: „Mit der neuen Regelung wollen wir die erheblichen Brandgefahren bekämpfen, die von diesen Flugobjekten ausgehen. Einmal aufgestiegen, lassen sich die Fluglaternen nicht mehr kontrollieren. Was als Party-Spaß oder romantischer Sternenersatz gedacht ist, kann mehrere Hundert Meter in die Höhe steigen, viele Kilometer abgetrieben werden und als brennende Fackel schwere Brandschäden verursachen. Hinzu kommt, dass der Flugverkehr oder durch herunter sinkende Laternen auch Autofahrer irritiert werden können. Da Fluglaternen nicht an Ländergrenzen Halt machen, halte ich trotz der Hamburger Verordnung ein bundesweites und bundeseinheitliches Verbot von Fluglaternen nach wie vor für geeignet, um einen Flickenteppich an Regelungen zu vermeiden.“

Fluglaternen hatten zuletzt im gesamten Bundesgebiet immer wieder Brände mit erheblichen Sachschäden ausgelöst. Das bisher schlimmste Unglück ereignete sich am Pfingstmontag 2009 in Siegen. Dort starb ein zehnjähriger Junge, nachdem eine Fluglaterne in einen Wintergarten gestürzt und das Gebäude in Flammen aufgegangen war.

Die wesentlichen Regelungen der neuen Verordnung im Überblick:

- Künftig ist es im Stadtgebiet grundsätzlich verboten, unbemannte Fluglaternen aufsteigen zu lassen.
- Auf Antrag kann die Innenbehörde örtlich und zeitlich begrenzte Ausnahmen zulassen, sofern im konkreten Einzelfall eine Brandgefahr ausgeschlossen ist.
- Vorsätzliche oder fahrlässige Verstöße gegen das Verbot können als Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße von bis zu 1.000 Euro belegt werden.

Vergleichbare Benutzungsverbote für Fluglaternen gibt es in Norddeutschland bereits in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Thomas Butter und Frank Reschreiter, Tel. 0 40 – 42839-2673 u. -4823,

E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

dsb08

Mehr Datenschutz in Hamburger Unternehmen

Aufsichtsbehörde startet Offensive zur Verbesserung des Datenschutzniveaus in Hamburgs Wirtschaft

Die zahlreichen Datenpannen und Datenmissbräuche der letzten Jahre, mit denen Unternehmen ganz unterschiedlicher Branchen in das Licht der Öffentlichkeit gerieten, dokumentieren ein erschreckendes Defizit an Professionalität im Umgang mit dem Datenschutz und der Datensicherheit. Längst gibt es noch nicht überall die Einsicht, dass ein selbstverantwortliches präventives Datenschutzmanagement im Dienst der Kunden und Verbraucher den Unternehmen im Wettbewerb durchaus helfen kann.

Eine zentrale Bedeutung für die Stärkung der Verantwortlichkeit innerhalb der Betriebe kommt den nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) zu bestellenden betrieblichen Datenschutzbeauftragten zu. Danach müssen insbesondere Unternehmen, bei denen mindestens 10 Personen ständig mit der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten beschäftigt sind, einen betrieblichen Datenschutzbeauftragten bestellen. Durchgeführte Prüfungen des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit in den letzten Jahren haben gezeigt, dass ein großer Teil der Hamburger Unternehmen trotz bestehender Verpflichtung keinen betrieblichen Datenschutzbeauftragten bestellt hat.

Dazu der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Prof. Dr. Johannes Caspar: „Wir haben bei unseren Prüfungen ein hohes Vollzugsdefizit bei der Bestellung von betrieblichen Datenschutzbeauftragten festgestellt. Um möglichst viele Unternehmen gleichzeitig anlassunabhängig mit vergleichsweise geringem Aufwand zu erreichen, haben wir ein schriftliches Prüfungskonzept erarbeitet. Dessen Umsetzung soll die Bedeutung der Datenschutzbeauftragten in den Unternehmen stärken und dort, wo trotz gesetzlicher Verpflichtung keine betrieblichen Datenschutzbeauftragten benannt sind, deren zeitnahe Bestellung erwirken. Beginnend in der 2. Januarwoche werden daher in verschiedenen Phasen jeweils Hamburger Betriebe aus bestimmten Branchen angeschrieben und gebeten, einen Fragebogen zur Bestellung von betrieblichen Datenschutzbeauftragten auszufüllen und an uns zurückzusenden. Nach Maßgabe der Auswertung sind sodann weitere konkrete Prüfungsschritte einzuleiten. Die Umfrage wird

sich zunächst an Speditionen richten und im Laufe des Jahres auf weitere Branchen ausgedehnt werden. Langfristig ist es unser Ziel, die betrieblichen Datenschutzbeauftragten in den Unternehmen künftig mehr in die Bearbeitung von Bürgerbeschwerden einzubeziehen.“

Neben dieser nun beginnenden Aktion werden künftig für besonders datenschutzsensible Bereiche materiell-rechtliche Prüfkonzepte für Unternehmen entwickelt werden. Das gilt gerade vor dem Hintergrund, dass das Bundesdatenschutzgesetz zahlreiche neue Vorschriften über Adresshandel, Auskunfteien, den Arbeitnehmerdatenschutz oder über Scoring enthält. Auch die ständig zunehmende Videoüberwachung soll künftig stärker kontrolliert werden.

Kontakt/ Rückfragen:

Prof. Dr. Johannes Caspar, Tel. 428 54 - 4040

08. Januar 2010/bwa08

Konjunkturpakete sichern in Hamburg Wachstum und Beschäftigung

Prognos-Studie zu ökonomischer Wirkung vorgelegt

Hamburg hat als erstes Bundesland ein Gutachten zur Wirkung der Konjunkturpakete in Auftrag gegeben. Die Hamburger Konjunkturoffensive sowie die Umsetzung des Konjunkturpakets II in Hamburg werden die Stadt auf den Wachstumspfad zurückbringen – dies ist das Ergebnis der von der Prognos AG erstellten Studie. Hamburg hat zur richtigen Zeit die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Dank der Konjunkturpakete verzeichnet Hamburg in diesem Jahr voraussichtlich ein leichtes Wachstum. Darüberhinaus sehen die Prognos-Gutachter langfristige und nachhaltige Effekte durch die Maßnahmen.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Das Gutachten von Prognos belegt unsere Leitlinien: die richtigen Maßnahmen zur richtigen Zeit. Es bestätigt, dass Hamburg beste Zukunftsperspektiven hat und auf den Wachstumspfad zurückkehrt. Dies ist allerdings kein Automatismus. Wir alle müssen dafür weiter unser Bestes tun.“

Zum Hintergrund

Hamburg hatte als eines der ersten Bundesländer eine eigene Konjunkturoffensive gestartet. 564,7 Mio. Euro stehen zur Verfügung, davon 112 Mio. Euro für Bürgschaften und Sicherheitsleistungen. Rund 452 Mio. Euro sind für Ausgaben, im Wesentlichen für Investitionen eingeplant.

Außerdem hat Hamburg aus dem Konjunkturpaket II des Bundes 230 Mio. Euro erhalten. Diese Summe wurde um 77 Mio. Euro Hamburger Eigenanteil aufgestockt.

Die Prognos-Gutachter haben ihren Berechnungen Ausgaben aus der Hamburger Konjunkturoffensive sowie dem Konjunkturpaket II des Bundes in Höhe von insgesamt rund 750 Mio. Euro zugrunde gelegt.

Holger Bornemann, Partner und Leiter des Geschäftsfeldes Strukturpolitik und Regionalentwicklung bei Prognos: „Die Wirkungen der mit Hilfe der Konjunkturpakete finanzierten Vorhaben werden bis 2014 signifikante Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte erzielen. Dabei sind vor allem die Effekte in den Bereichen Gesundheitswirtschaft sowie Hochschul- und Forschungseinrichtungen bemerkenswert, da diese langfristig positive Impulse für eine nachhaltig verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und erhöhte Standortattraktivität Hamburgs bedeuten.“

Zurück auf den Wachstumspfad

Die Hamburger Konjunkturoffensive und das Konjunkturpaket II des Bundes bewirken einen entscheidenden Wachstumsimpuls von 0,4 Prozentpunkten. Die ausgelösten positiven Wertschöpfungseffekte führen dazu, dass der Rückgang der Wirtschaftstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte 2009 gestoppt werden konnte. So tragen die Maßnahmen 2010 entscheidend zur Erholung der Hamburger Konjunktur bei.

Über den temporären Effekt hinaus werden nachhaltige und dauerhafte positive strukturelle Effekte ausgelöst, die in den Folgejahren 2011 bis 2014 wirksam werden. Diese Effekte entsprechen jährlich 0,3 Prozentpunkte der Wirtschaftsleistung des Jahres 2008.

Zur richtigen Zeit

In den beschäftigungskritischen Jahren 2010 und 2011 werden bis zu 5.000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert. In 2012 liegen die Arbeitsplatzeffekte bei 4.600 und nach Wegfall der temporären Effekte in den Folgejahren bei etwa 3.600. Die Mittel der Konjunkturprogramme leisten somit in Hamburg einen wertvollen Beitrag zur Abmilderung der Auswirkungen des konjunkturellen Einbruchs.

Die richtigen Maßnahmen

Die Auswahl der Maßnahmenschwerpunkte der Hamburger Konjunkturoffensive erweist sich nach Ansicht der Gutachter als sinnvoll. Der Grund: Es werden im Rahmen der Bundesvorgaben genau solche Projekte unterstützt und angestoßen, die einen beachtlichen Nachfrageimpuls für die regionale Wirtschaft in Hamburg bedeuten. Darüber hinaus gelingt es sogar, umfangreiche nachhaltige Struktureffekte zu bewirken. Darunter fallen eingesparte Energiekosten ebenso wie der Ausbau von Forschungs- und Entwicklungszentren. Sie entfalten zudem Wirkungen auf die Bildung, auf den Tourismus, die öffentliche Sicherheit, die medizinische Versorgung, die Verkehrs- und Hafeninfrastruktur, den Arbeitsmarkt oder auf die nachhaltige Stadtteilentwicklung.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit
Jana Tiemann
Tel.: (040) 42841- 2239
Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Unternehmenskommunikation Prognos AG
Birte Jessen, Tel.: (030) 52 00 59- 222,
Email: birte.jessen@prognos.com

07. Januar 2009/fb07

Sondervermögen Schulbau (SV SchuB) hat seinen Betrieb aufgenommen – Geschäftsführer vorgestellt

Zum 01. Januar 2010 hat das Sondervermögen Schulbau seinen Dienst aufgenommen. Heute hat die Finanzbehörde den Sprecher der Geschäftsführung, Herrn Staatssekretär a.D. Klaus Teichert, vorgestellt.

In diesem Zusammenhang weist die Finanzbehörde als Aufsichtsbehörde des Sondervermögens noch einmal auf die wesentlichen Aspekte hin, die die Arbeitsgrundlage des Sondervermögens ausmachen:

Das Sondervermögen ist wirtschaftlicher **Eigentümer** aller für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen mit einer Grundstücksfläche von rd. 9,1 Mio. m² und einer Hauptnutzfläche von rd. 2,2 Mio. m². Die Schulen sind als Anlagevermögen mit den zum Stichtag geltenden Buchwerten (voraussichtlich in Höhe von rd. 3,904 Mrd. Euro) in das Sondervermögen eingebracht worden.

Das Sondervermögen hat die **Aufgabe**, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und sie an die Behörde für Schule und Berufsbildung zu vermieten. Hierfür hat das Sondervermögen eigenes Personal. Die bisher mit Aufgaben des Schulbaus sowie der Unterhaltung und Bewirtschaftung von Schulimmobilien betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bisher zuständigen Behörden (BSB und BSU) wechselten daher in die neue Dienststelle Sondervermögen – ausgenommen die Schulhausmeisterinnen und Schulhausmeister und ihre mitwirkenden Partner und Partnerinnen, die sich am 31. Mai 2009 bereits an den Schulen befanden. Ihnen ist es auf Grund ihrer besonderen Bindung an Schule und Schulleitung frei gestellt, ob sie in das Sondervermögen wechseln wollen.

Zur **Finanzierung** seiner investiven Aufgaben – insbesondere Abbau des Instandhaltungsschulden an den Schulen und Realisierung anerkannter Zu- und Umbaubebedarfe – ist das Sondervermögen ermächtigt, Kredite aufzunehmen. Bei kaufmännischer Betrachtung sind durch Kreditaufnahme finanzierte Investitionen wirtschaftlich, weil sie geeignet sind, den ansonsten eintretenden Substanz- und Wertverlust zu verhindern.

Aufsicht führende Behörde für das Sondervermögen ist die Finanzbehörde (Immobilienmanagement). Damit wird eine klare Trennung der Verantwortungsbereiche von Eigentümer und Vermieter (Sondervermögen) und Mieterin (Behörde für Schule und Berufsbildung) und damit die Herstellung eines transparenten Vermieter-Mieter-Modells erreicht.

Zur **Überwachung** der Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Sondervermögens wird ein Verwaltungsrat eingerichtet.

Wesentliches Kernelement der neuen **Aufbauorganisation** ist das Objektmanagement mit der Gesamtverantwortung für die wirtschaftliche Steuerung der Schulimmobilien. Während das Baumanagement die Grundlage für die qualifizierte Erledigung der Bauaufgaben bildet, wird die Abteilung Zentrale Dienste vorrangig die ökonomische Ausrichtung des Sondervermögens steuern. Die Abteilung Objektmanagement ist Vertreterin der Bauherrn- und Eigentümerinteressen gegenüber der Mieterin und intern gegenüber dem Baumanagement. Sie ist für die strategische und operative Steuerung des Immobilienbestands zuständig und stellt die effiziente, am Lebenszyklus ausgerichtete Bewirtschaftung der Schulimmobilien unter besonderer Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Schulen sicher.

Das Sondervermögen tritt mit seiner Gründung als Auftraggeber in alle **laufenden Bau- und Bewirtschaftungsmaßnahmen**, Vergabeverfahren und die Verträge mit der GWG Gewerbe über das Modell Hamburg Süd ein. Ebenso tritt das Sondervermögen als Auftraggeber in das laufende Verfahren zur Ausschreibung der Tranche der 15 beruflichen Schulen als ÖPP-Projekt ein.

Das Sondervermögen überlässt der Behörde für Schule und Berufsbildung (für die allgemeinbildenden staatlichen Schulen) und dem HIBB (für die beruflichen Schulen) die Schulimmobilien im Rahmen von zwei in den Konditionen grundsätzlich identischen **Globalmietkontrakten**.

Die Behörde für Schule und Berufsbildung und das HIBB nehmen im Verhältnis zum Sondervermögen die **Rolle von Mietern und Bestellern** für Zu-, Umbau- und Neubaumaßnahmen sowie Bewirtschaftungsleistungen ein. Im Rahmen des zur Verfügung stehenden Miet- und Bewirtschaftungsbudgets hat das Sondervermögen die Aufgabe, die Schulgebäude in der vereinbarten Qualität bereitzustellen. Eine Mieterzentrale vertritt die Interessen der Schulen gegenüber dem Sondervermögen.

Die bestehenden Miet- oder Nutzungsverhältnisse der Behörde für Schule und Berufsbildung, des HIBB und der Schulen mit Dritten bleiben mit den geltenden Konditionen bestehen und werden vom Globalmietvertrag als bestehende **Untermietverhältnisse** erfasst.

Wie im Modell Hamburg Süd erhalten auch die vom Sondervermögen betreuten Schulen ein jährliches Budget von 10,- Euro pro Schüler für eigene **bauliche Kleinstmaßnahmen**. Beispiele für diese individuellen Kleinstmaßnahmen vor Ort sind die besondere farbliche Gestaltung bestimmter Räume oder die künstlerische Ausgestaltung einer Pausenmehrzweckhalle.

Daneben bleibt die Behörde für Schule und Berufsbildung für die **Schulentwicklungsplanung**, die Entscheidung über Neugründung, Aufgabe, Erweiterung von Schulstandorten nach pädagogischen und wirtschaftlichen Kriterien sowie die Definition der an den pädagogischen Erfordernissen orientierten Standards (insbesondere die Definition von Standards wie Musterraumprogramme) zuständig. Ebenso wird die Überprüfung der Bedarfsanforderung der Schulen im Hinblick auf Qualität und Quantität wie bisher in der Behörde für Schule und Berufsbildung zu leisten sein. Hierbei wird sie durch das Sondervermögen umfassend beraten, damit wirtschaftliche Aspekte frühzeitig in Entscheidungen einfließen können.

Die **Schulleitungen** wirken weiterhin bei der Planung von Neu-, Um- und Zubaubedarfen im Rahmen der Sicherstellung des spezifischen pädagogischen Profils der jeweiligen Schulen mit und haben damit Einfluss auf die bauliche Gestaltung ihrer Schule.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

08. Januar 2009/bsg08

Neugeborene sucht ihre Mutter

Das Mädchen wurde am 30. Dezember in der „Ersten Baby-Hilfe“ des Kinderkrankenhauses Altona abgelegt

Am Donnerstag voriger Woche wurde ein etwa drei Tage altes, gesundes Mädchen in der „Ersten Baby-Hilfe“ am Kinderkrankenhaus Altona abgelegt. Das Baby war fachgerecht abgenabelt und ist wohlauf.

Möglicherweise befand sich die Mutter in einer verzweifelten Situation und sah keine Möglichkeit, gemeinsam mit ihrem Kind zu leben. Das Kind wurde zunächst im Krankenhaus behalten, um es gründlich zu untersuchen. Anschließend wurde eine Amtsvormundschaft eingerichtet und das Kind in Pflege gegeben.

„Wir möchten den Eltern beziehungsweise der Mutter die Möglichkeit geben, ihr Kind anzunehmen und bieten ihnen dazu alle erdenkliche Hilfe, Beratung und Unterstützung an“, so Familiensenator Dietrich Wersich. Die Eltern können rund um die Uhr über die Hamburger Baby-Hilfe-Hotline unter der Nummer **01802 000 306** (6 Cent aus dem Festnetz der Deutschen Telekom) Kontakt zu den zuständigen Stellen aufnehmen.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsg/

In Hamburg können Schwangere und Mütter in Not rund um die Uhr die Hotline unter der Nummer **01802 000 306** (6 Cent aus dem Festnetz der Deutschen Telekom) anrufen und in einem anonymen Beratungsgespräch Rat, Hilfe und Unterstützung bekommen.

Beratung und Hilfe - kostenfrei, vertraulich und auf Wunsch anonym – bieten auch die Beratungsstellen für Schwangere und Mütter. Einen Überblick finden Betroffene in der Broschüre „Schwanger und keiner soll es wissen – Wir helfen Ihnen“. Hier informiert die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz über die Möglichkeiten, Rat und Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Nähere Informationen gibt es zudem im Internet unter www.hamburg.de/Schwangerschaft.

Keine Frau muss in Hamburg ihr Kind heimlich zur Welt bringen. Alle Hamburger Krankenhäuser bieten die Möglichkeit einer Beratung und anonymen Geburt an. Erste Baby-Hilfen gibt es an drei Krankenhäusern in Hamburg:

- am Kinderkrankenhaus Altona
- an der Asklepios-Klinik Wandsbek, Zugang von der Rauchstraße
- am Helios-Krankenhaus Mariahilf Harburg

Weitere Hilfen für Mütter und ihre Kinder in Problemlagen gibt es in Hamburg unter anderem in speziellen Wohnangeboten, dazu gehören

- das Abendroth-Haus, Telefon: 64 08 720, www.abendroth-haus.de
- die Alida-Schmidt-Stiftung, Telefon: 25 19 680, www.alida.de
- das LEB Zentrum für Alleinerziehende und ihre Kinder Hohe Liedt, Telefon: 42 88 661-32/-33/-34
- das Theodor-Wenzel-Haus, Telefon 53 90 050

7. Januar 2009/pr07

Schulreform: Fortgang des Moderationsprozesses

Der Unternehmer und Mediator im Verfahren um die Schulreform, Dr. Michael Otto, hat heute Bürgermeister Ole von Beust und Bildungssenatorin Christa Goetsch über den Fortgang des Moderationsprozesses informiert.

Michael Otto: „Nach intensiven Gesprächen mit nahezu allen Anspruchsgruppen habe ich heute verschiedene Vorschläge zur Schulreform vorgelegt, die die Basis für erfolgreiche Verhandlungen zwischen dem Hamburger Senat bzw. der Bürgerschaft einerseits und der Bürgerinitiative andererseits bilden könnten. Wenn guter Wille auf beiden Seiten besteht, müsste eine Einigung erzielt werden können. Ich appelliere an beide Seiten, einen Kompromiss zu suchen, schließlich muss unser aller Ziel sein, die Qualität an den Schulen zu verbessern und den Schulfrieden in Hamburg zu erreichen.“

Ole von Beust: „Herr Otto hat uns eine Reihe von Möglichkeiten aufgezeigt, die wir jetzt intern weiter erörtern werden. Ich bin guter Hoffnung, dass wir einen Weg finden können, der den Anliegen aller Beteiligten gerecht wird.“

Christa Goetsch: „Nach den Informationen und Einschätzungen, die wir heute von Herrn Dr. Otto bekommen haben, sehe ich Möglichkeiten für einen tragfähigen Kompromiss. Nach meinem Eindruck sehen viele in Hamburg die dringende Notwendigkeit, unsere Schulen leistungsfähiger und gerechter zu machen. Gleichzeitig müssen alle Seiten bedenken, dass eine monatelange Konfrontation über die Schulpolitik gerade für die Schulen eine große Belastung darstellen würde. Deshalb hoffe ich auf eine Einigung, in der die verschiedenen Interessen ausreichend Berücksichtigung finden.“

Über die konkreten Inhalte des Gesprächs ist Stillschweigen vereinbart worden.

Rückfragen:
Pressestelle des Senats,
Kristin Breuer,
Senatssprecherin,
Telefon: 42831 243/2244

5. Januar 2010/bsu05

Ein Haus voller Energien

Senat berichtet über Hamburg House auf der Expo 2010 Shanghai

Das erste zertifizierte Passivhaus Chinas, das Hamburg House zur EXPO 2010 in Hamburgs Partnerstadt Shanghai, wird voraussichtlich Ende Februar fertig gestellt sein. Bereits in den nächsten Tagen laufen erste Tests, um den angestrebten Passivhaus-Standard mit extrem niedrigem Energieverbrauch zu überprüfen. Der Primärenergiebedarf von unter 50 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr ($\text{kWh/m}^2\text{a}$) für den Betrieb des Hauses als Bürogebäude, ist in einer extremen Klimazone wie Shanghai bisher einmalig und wird Referenzcharakter besitzen. Zum Vergleich: In Deutschland liegt der Mittelwert für den Primärenergiebedarf beim Bestand von Bürogebäuden bei ca. $360 \text{ kWh/m}^2\text{a}$.

Weit fortgeschritten sind auch die Konzepte für das Ausstellungs- und Kulturprogramm, mit dem sich Hamburg in China als innovative und lebenswerte Metropole am Wasser präsentieren wird. Das geht aus dem Zwischenbericht hervor, den der Senat heute der Bürgerschaft vorgelegt hat. Anja Hajduk, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte: „Mit dem Bau des Hamburg House in unserer Partnerstadt Shanghai unterstreichen wir die Kompetenz Hamburgs als aktive Metropole des Klimaschutzes. Die Weltausstellung nutzen wir als besondere Chance, um in China das Bewusstsein für Klimaschutz und nachhaltiges Bauen zu fördern und zugleich für Hamburg zu werben.“

Die Ausstellung für das Hamburg House greift die Kern-Idee des energieeffizienten Gebäudes auf, das als „Haus der verborgenen Energien“ vorgestellt wird. So ist das Haus selbst ein vorrangiger Ausstellungsgegenstand. Dazu hat die Hamburger Agentur Kontrapunkt in Zusammenarbeit mit der Design Factory International als Leitmotiv einen „Baum der guten Wünsche“ entworfen, der sich mit seinen Wurzeln und Ästen durch das gesamte Gebäude zieht. In Anlehnung an die chinesische Tradition der Wunschbäume nimmt er die Wünsche und Hoffnungen der Menschen an eine zukunftsfähige Stadt auf und beantwortet sie in interaktiven Modulen mit beispielhaften Lösungen aus Hamburg. Darüber hinaus dient das Gebäude auch als Plattform für die Hamburger Wirtschaft und Kultur, die sich im Rahmen der Ausstellung und mit Veranstaltungen präsentieren können. Zudem wird die Rolle Hamburgs als European Green Capital 2011 dargestellt.

Für den Betrieb während der EXPO die vom 1. Mai bis zum 31. Oktober 2010 läuft ist die Hamburg Messe und Congress GmbH als General Manager verantwortlich. Sie begleitet die Ausstellung in enger Abstimmung mit Kontrapunkt und dem Hamburg Liaison Office (HLO) Shanghai.

Beteiligt ist auch die Hamburg Marketing GmbH, die mit dem HLO die nationale und internationale Kommunikation steuern wird. Dazu sind während der EXPO auch außerhalb des Hamburg House weitere Aktivitäten in Hamburgs Partnerstadt geplant, etwa Kulturveranstaltungen im Deutschen Pavillon, auf den EXPO-Bühnen und im Shanghaier Stadtraum. Höhepunkt der Aktivitäten wird der „Hamburg-Tag“ am 31. Mai 2010 sein, zu dem auch der Erste Bürgermeister Ole von Beust in Shanghai erwartet wird. So leistet das Hamburg House einen wichtigen Beitrag, Hamburg und die Metropolregion in ganz China bekannt zu machen. Die Baukosten für das Hamburg House von 4,2 Mio. Euro werden zwischen der Expo Gesellschaft und der Stadt Hamburg geteilt. Das Hamburger Gesamtvolumen für Bau, Projektsteuerung, Ausstellung und Betrieb beträgt 6 Mio. Euro.

Kurzprofil Hamburg auf der EXPO 2010 Shanghai:

Als einzige deutsche Stadt ist Hamburg vom Internationalen Selection Committee der Weltausstellung ausgewählt worden, sich mit einem eigenem Bauprojekt an der Expo Shanghai 2010 zu beteiligen. Durchgesetzt hat sich Hamburg mit einem Gebäude, das die höchsten und modernsten ökologischen Standards setzt und weltweit Referenzcharakter besitzen wird - dem Hamburg House der Architekten Spengler – Wiescholek und Dittert & Reumschüssel aus Hamburg. Es zeichnet sich durch einen extrem niedrigen Energiebedarf aus und wird das erste zertifizierte Passivhaus-Neubauprojekt Chinas. Mit dem Hamburg House setzt die Hansestadt neue Maßstäbe für energiesparendes Bauen und präsentiert sich dem Publikum der Expo als innovative und lebenswerte Metropole am Wasser. Der ohnehin niedrige Primär-Energiebedarf des Hamburg House aufgrund einer hoch gedämmten, luftdichten und wärmebrückenfreien Gebäudehülle wird zu 50% durch den Einsatz regenerativer Energien (Geothermie, Photovoltaik) gedeckt.

Photos sind herunterladbar unter: <http://www.hamburg.de/2033542>

Pressekontakt:

Björn Marzahn, Pressesprecher Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Tel. 040 / 428 40-3063 E-Mail: bjoern.marzahn@bsu.hamburg.de oder

Johannes Freudewald, Pressesprecher Hamburg auf der EXPO 2010 Shanghai, Hamburg Marketing GmbH,

<http://www.expo2010-hamburg.de>, Tel.: 040-37420352, M: 0176-43005016, E-Mail: johannes@freudewald.de



Freie und Hansestadt Hamburg
Justizbehörde



STAATSMINISTERIUM
DER JUSTIZ UND FÜR
EUROPA

7. Januar 2010/jb07

Sachsens Justizminister Dr. Jürgen Martens übergibt den Vorsitz der Justizministerkonferenz an den Hamburger Justizsenator Dr. Till Steffen

Zum 1. Januar 2010 hat **Justizsenator Dr. Till Steffen** für ein Jahr den Vorsitz der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister von **Dr. Jürgen Martens**, Sächsischer Staatsminister der Justiz und für Europa, übernommen. „Recht im Internet und Europäische Bürgerrechte werden zentrale Themen meines Vorsitzes sein“, so Justizsenator Steffen. „Beim Urheberrecht sollten wir Urheber und Nutzer nicht gegeneinander ausspielen. Viele gerade jugendliche Nutzer wachsen in einer digitalen Kultur auf, in der z.B. Musikdownloads und Weiterverbreitung so normal sind, wie früher das Kopieren von Schallplatten und Kassetten. Wenn wir die Akzeptanzkrise des Urheberrechts überwinden wollen, müssen wir es auf den Kern konzentrieren. Auf europäischer Ebene müssen mit zunehmendem Datenaustausch der Sicherheitsbehörden die Rechte der Bürgerinnen und Bürger auf Transparenz, Information, Auskunft und Löschung gestärkt werden. Ein weiterer Schwerpunkt werden die Vorschläge der Arbeitsgruppe Managerverantwortlichkeit sein, die angesichts der Finanzmarktkrise die Kontrolle des Vorstands durch den Aufsichtsrat verbessern sollen.“

Justizminister Dr. Martens: „Die Übernahme des Vorsitzes der Justizministerkonferenz gleich zu Beginn meiner Amtszeit als sächsischer Justizminister war spannend und herausfordernd zugleich. Die Justizministerkonferenz hat 2009 entscheidende rechtspolitische Weichenstellungen vorgenommen und dabei auch bundespolitisch wichtige Akzente gesetzt: Besonderes Augenmerk galt dem Schutz personenbezogener Daten. Die Justizministerinnen und Justizminister haben sich hier erfolgreich für Nachverhandlungen zur Verbesserung des Datenschutzes bei dem Abkommen zwischen Deutschland und den USA

über die Vertiefung der Zusammenarbeit bei der Verhinderung und Bekämpfung schwerwiegender Kriminalität eingesetzt. Sie haben auch deutlich gemacht, dass die äußere Leichenschau dringend verbessert werden muss. Nur wenn der die Leichenschau durchführende Arzt die Todesart zutreffend qualifiziert, haben die Ermittlungsbehörden die Möglichkeit, einen unnatürlichen Todesfall aufzuklären. Im zivilrechtlichen Bereich haben wir die Modernisierung des Pfändungsschutzrechts auf den Weg gebracht. Damit wird die Zwangsvollstreckung vereinfacht und der Schutz des Existenzminimums im Zwangsvollstreckungsrecht endlich mit dem Sozialrecht harmonisiert.

Dies sind nur einige Punkte aus dem Programm des vergangenen Jahres.

Ich werde mich auch weiterhin für eine professionelle und bürgernahe Justiz ohne unnötige Bürokratie einsetzen. Meinem Nachfolger Till Steffen wünsche ich viel Erfolg für die anstehende Aufgabe.“

Die Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister findet am 23. und 24. Juni in Hamburg statt.

Kontakt:

Pia Kohorst, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

06. Januar 2009/fb06

Einheitlich und bürgerfreundlicher – Das Finanzamt Hamburg-Nord wird umgestellt

Die Hamburger Finanzämter werden nach und nach auf eine einheitliche und vor allem bürgerfreundliche Organisation umgestellt.

Nachdem die Umstellung bei einigen Finanzämtern bereits abgeschlossen ist, wird sich Ende Januar 2010 auch das Finanzamt Hamburg-Nord neu strukturieren. Dieses Finanzamt betreut die Bürger in den Stadtteilen Ohlsdorf, Langenhorn, Eppendorf, Hoheluft-Ost, Groß Borstel, Alsterdorf, Winterhude und Fuhsbüttel.

Um zukünftig eine schnellere Bearbeitung zu gewährleisten, erhalten die ca. 70.000 Steuerakten neue Steuernummern, die neben den bereits bekannten Identifikationsnummern zu verwenden sind. Derzeit werden im Finanzamt Hamburg-Nord alle organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, damit die Umstellung möglichst reibungslos erfolgen kann.

Die Neuorganisation beschränkt sich aber selbstverständlich nicht nur auf die Vergabe neuer Steuernummern:

Zusätzlich zu der bereits vorhandenen Informations- und Annahmestelle, deren Leistungen von den Bürgern gut angenommen werden, werden eine „Neugründungsstelle“ sowie eine zentrale „Umsatzsteuer-Voranmeldungsstelle“ eingerichtet. Während sich die Neugründungsstelle speziell mit Unternehmensneugründungen befasst und für die Beantwortung von entsprechenden Fragen in diesem Zusammenhang zuständig sein wird, wird sich die Umsatzsteuer-Voranmeldungsstelle ausschließlich mit dem Voranmeldungsverfahren beschäftigen. Beide Stellen werden gut erreichbar im Eingangsbereich des Finanzamts untergebracht und runden das Angebot kompetenter steuerlicher Beratung gegenüber dem Steuerbürger weiter ab.

In der heißen Phase der Umstellung ab dem 18.01.2010 ist das Finanzamt Hamburg-Nord weiterhin erreichbar:

- über die Informations- und Annahmestelle im Dienstgebäude Borsteler Chaussee 45
- telefonisch über einen Notdienst unter den bisherigen Telefonnummern (alle Telefonanschlüsse werden auf eine Gruppe von Vertretern geschaltet)
- Vorübergehend zusätzlich bis jeweils 15.00h unter den Nummern: 040/ 428 06 -282 bzw. -287.

Die organisatorische Umstellung der weiteren 5 Regionalfinanzämter wird nach und nach erfolgen und voraussichtlich Ende 2010 abgeschlossen sein. Die Finanzbehörde wird die Bürgerinnen und Bürger jeweils zeitnah informieren.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 11. Januar bis 17. Januar 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 11.01.2010

- 11:00** Medienbunker, Feldstraße 66
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein **Grußwort anlässlich der Auszeichnung von ByteFM im Rahmen der Initiative „Deutschland – Land der Ideen.“**
- 11:00** Axel-Springer Haus, Berlin
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt am **WELT-Neujahrsempfang 2010** teil.
- 18:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich eines Empfangs für internationale Studierende.**
- 18:00** Handelskammer Hamburg, Merkur Zimmer
Senator Axel Gedaschko spricht ein **Grußwort bei der Auftaktveranstaltung der Initiative UNIKA.**
- 19:30** Handwerkskammer, Holstenwall 12
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein **Grußwort anlässlich der Abschlussveranstaltung der Motivationsworkshops 2009**, an denen 61 Hamburgerinnen und Hamburger mit Migrationshintergrund teilgenommen haben.

Dienstag, den 12.01.2010

- 13:00** Audi – Zentrum, Kollaustraße 41-63
Senator Dietrich Wersich nimmt an der **Talk-Runde zur Vorstellung des „Hamburger Weg“ – Projektes: „Praktisch gut – Perspektive mit Plan“** teil. 100 Jugendliche mit Migrationsgeschichte sollen in betriebliche Praktikumsplätze vermittelt werden, um Qualifikationen und Berufschancen zu stärken.
- 19:00** Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), Berliner Tor 5
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein **Grußwort zum Abschluss der Veranstaltungsreihe „Was geschieht im Osten? Was wissen wir im Westen? Medien u. Demokratie in Osteuropa“.**

Mittwoch, den 13.01.2010

- 11:00** Rathaus, Phönixsaal
Senator Christoph Ahlhaus übernimmt für Hamburg den **Vorsitz der Innenministerkonferenz für das Jahr 2010.**
- 11:00** Bucerius Law School, Jungiusstraße 6, Auditorium Maximum
Senator Axel Gedaschko spricht ein **Grußwort zum Abschiedsempfang für Rolf Hunck, Mitglied der Geschäftsleitung der Deutschen Bank.**

Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck nimmt teil.

- 14:30** Berlin, Residenz des Botschafters der Republik Benin
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft den **Botschafter der Republik Benin, S.E. Isidore Bio**, zum Gespräch.
- 19:00** Club an der Alster, Hallerstrasse 91
Staatsrat Dr. Manfred Jäger nimmt teil am **Gründungsempfang anlässlich des 90jährigen Bestehens des 'Club an der Alster e.V.'**
- 19:00** Business Club Hamburg, Plange'sche Villa, Elbchaussee 43
Senator Axel Gedaschko hält eine Rede anlässlich des **Neujahrsempfangs der Hamburger Volksbanken**.

Donnerstag, den 14.01.2010

- 11:00** Albertinen-Haus, Sellhopsweg 18-22
Senator Dietrich Wersich eröffnet die neuen **Abteilungen für palliative und kognitive Geriatrie im Albertinenhaus mit einem Grußwort**.
- 14:00** Amtsgericht Hamburg Altona, ehemalige Versteigerungshalle
Senator Dr. Till Steffen führt **Dina Dörffler als Direktorin des Amtsgerichts Hamburg Altona in ihr Amt ein**.
- Staatsrätin Carola v. Paczensky nimmt teil.
- 17:00** Louis C. Jacob, Elbchaussee 401-403
Bürgermeisterin Christa Goetsch, Senator Dietrich Wersich, Senator Dr. Till Steffen und Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert nehmen am **Blankeneser Neujahrsempfang** teil.
- 19:00** Side Hotel, Drehbahn, Hamburg
Senator Christoph Ahlhaus, ist Schirmherr der Veranstaltung **'Manager spielen Monopoly' des Lions Club Hamburg-Waterkant**.
- 19:00** Hamburger Hospiz e.V., Helenenstraße 12
Staatsrat Dr. Michael Voges besucht den **Neujahrsempfang des Hamburger Hospiz e.V. mit der Eröffnung der Photoausstellung: „Erinnerungen – Ich denke oft an Budapest“**.
- 19:00** KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Ludwig-Erhardt-Str. 11-17
Senator Axel Gedaschko spricht ein **Grußwort anlässlich des Neujahrsempfangs des Lateinamerika Vereins**.
- Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil.
- 19:30** Ernst Deutsch Theater, Friedrich Schütter Platz 1
Staatsrat Dr. Manfred Jäger besucht die **Premiere von „Trauer muss Elektra tragen“ von Eugene O'Neill**.

Freitag, den 15.01.2010

- 11:00** Clausewitz-Kaserne, Manteuffelstraße 20, Hamburg
Senator Christoph Ahlhaus spricht beim **Jahresempfang der Bundeswehrführungsakademie**.

Senatorin Dr. Herlind Gundelach, Staatsrat Dr. Stefan Schulz und Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert nehmen teil.

11:00 verikom Billstedt, Am alten Zoll 1
Senator Dietrich Wersich spricht auf dem **Neujahrsempfang bei verikom Billstedt ein Grußwort anlässlich der Einweihung des neuen Integrationszentrums.**

16:00 Techniker Krankenkasse, Habichtstraße 28
Senator Dietrich Wersich und Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besuchen den **Neujahrsempfang der Techniker Krankenkasse.**

16:00 Barmbek Basch e.V., Wohldorfer Str. 30
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck eröffnet mit einem **Grußwort das Stadtteilzentrum Barmbek Basch.**

Samstag, den 16.01.2010

11:00 Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil am **Neujahrsempfang der Hamburger Autorenvereinigung.**

15:00 In den Schanzen-Höfen, Lagerstraße 34a
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besucht die **Auftaktveranstaltung des Hamburger Musikkindergartens mit Generalmusikdirektorin Simone Young.**

20:00 Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht die **Premiere „Romeo und Julia“.**

Sonntag, den 17.01.2010

15:00 Laeiszhalle, Johannes-Brahms-Platz 1
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein **Grußwort beim „Konzert der Kinder“ zum Abschluss des Hamburger Instrumentalwettbewerbs 2009.**

18:00 Staatsoper, Große Theaterstr. 25
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht die **Premiere „Lucia Di Lammermoor“.**

20:00 Saselhaus, Saseler Parkweg 3
Staatsrat Dr. Manfred Jäger nimmt teil an der **Eröffnungsveranstaltung der Wandsbeker Musiktage.**